

Oesterreichischer Reichsrat.

Annahme des Budgetprovisoriums mit der Kreditermächtigung.

Wien, 7. März.

Die mit so großer Spannung erwartete Abstimmung ist vorüber. Sie hat die unveränderte Annahme der ganzen Vorlage über das Budgetprovisorium gebracht und auch die vielumstrittenen Paragraphen 2 und 3, die die Regierung ermächtigen, den quotenmäßigen Anteil für die gemeinsamen Aufgaben zu leisten und eine Anleihe von sechs Milliarden aufzunehmen, wurden mit sehr bedeutender Mehrheit, angenommen. Noch im letzten Augenblicke hatten die Czechen versucht, die Entscheidung zu erschweren, indem sie teils die Feststellung des Stimmenverhältnisses, teils die namentliche Abstimmung verlangten. Aber gerade dies hat dazu geführt, daß der Erfolg ganz unzweideutig wurde und nicht verkleinert werden kann. § 1 erhielt beinahe die Zweidrittelmehrheit, er wurde mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen, beim § 2 betrug die Mehrheit 42 und beim Anleiheparagraphen noch immer 37 Stimmen. Die Entscheidung wurde durch die Haltung der Polen herbeigeführt, die ihr Fernbleiben von der Abstimmung beschlossen. Graf Baworowski teilte dem Hause diesen Beschluß in einer Erklärung mit, deren ernster und würdiger Ton großen Eindruck machte. Die Polen, sagte er, verweigern dem Budgetprovisorium ihre Stimmen zum Zeichen des feierlichen Protestes gegen die von ihnen bekämpfte Politik der Regierung. Aber sie vertrauen der ihnen an Allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zusicherung, daß die ihnen gewogene Politik des Kaisers Franz Josef I. wieder in Kraft treten und weiterhin beibehalten wird. Sie halten sich von der Abstimmung fern, um die mit der Ausschaltung des Parlaments verbundene Gefahr eines militärischen Gewaltregimes vom Reiche und von ihrem Lande abzuwenden.

In der Debatte hatte der Ministerpräsident Doktor v. Seidler in einer groß angelegten Rede die innerpolitische Lage besprochen. Als das österreichische Hauptproblem bezeichnet er die Verfassungsrevision. Er stellte hierbei einige Grundsätze auf, von denen sich die Regierung bei der Lösung der nationalen und staatsrechtlichen Fragen leiten lassen wolle. Die wichtigsten dieser Grundsätze sind: Ausgleich der Gegensätze innerhalb des Rahmens der Staatsidee, nationale Autonomie, eine über die Landesgrenze nicht hinausgreifende Selbstverwaltung der Völker in ihren Siedlungsgebieten, Selbstbestimmungsrecht, soweit es im Einklang mit der Erhaltung und Entwicklung des Staates steht. Keine Nationalität soll die andere vergewaltigen, jede soll berechtigt sein, sich auf ihren eigenen Gebieten auszuüben. Neben diesen allgemeinen Grundsätzen hat der Ministerpräsident im besonderen noch die Verhältnisse in Böhmen und im Süden der Monarchie erörtert. Was er für Böhmen in Aussicht stellt, hat schon den Inhalt der früheren Ausgleichsverhandlungen gebildet, wie denn der Ministerpräsident sich auch auf die Vorarbeiten berufen hat, die auf diesem Gebiet bereits geleistet wurden. Es ist nichts anderes als die alte Forderung der Deutschböhmen nach reinlicher Scheidung, wenn Dr. v. Seidler von Neugestaltungen spricht, die unter Beobachtung des Prinzips einer Auseinanderlegung der nationalen Streitkräfte für die beiden Volksstämme segensreich und entwicklungsfördernd werden könnten. Es war immer das Streben der Deutschen, die Reibungsflächen zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen zu vermindern, es war immer ihr Wunsch, sich auf ihrem eigenen Gebiet ausleben zu können. Sie haben die Bildung von Kreisen nach nationalen Gesichtspunkten verlangt, um die Selbstverwaltung im deutschen Teile Böhmens zu erreichen. Und wenn im Sinne der Erklärung des Ministerpräsidenten jede Vergewaltigung des einen Volkes durch das andere vermieden werden muß, so erhält damit auch der Wunsch der Deutschen nach Schaffung eines Minoritätsrechtes im böhmischen Landtage mit nationalen Kurien und mit nationalen Sektionen des Landesauschusses neue Bekräftigung. Was die Verhältnisse im Süden betrifft, erklärte der Ministerpräsident, daß eine südslawische Frage bestehe und daß man an ihr nicht achtlos vorübergehen könne; die Lösung müsse aber dem Axiom der dynastischen und staatlichen Treue entsprechen. Ihre Einschränkung findet die Regelung der südslawischen Frage auch in den allgemeinen Grundsätzen, die der Ministerpräsident für die nationalen und staatsrechtlichen Probleme aufgestellt hat, insbesondere in seiner Erklärung, daß es sich nur um eine über die Landesgrenze nicht hinausgreifende Selbstverwaltung handeln dürfe. Aber schon die Unterscheidung, die der Ministerpräsident zwischen dem Norden und dem Süden machte, bringt die alte Wahrheit wieder zum Vorschein, daß in Oesterreich die nationalen Fragen nicht nach einer einheitlichen Richtschnur geregelt werden können. Die Verhältnisse liegen schon in den drei Sudetenländern nicht gleich und wesentlich anders sind sie wieder in Steiermark und Kärnten oder in Galizien. Die Regelung innerhalb des Kronlandes, zu der sich der Ministerpräsident heute bekannte, ist selbstverständlich grundverschieden von dem weitreichenden Plan, der in der staatsrechtlichen Deklaration der Südslawen niedergelegt ist.

Von Mitgliedern der deutschnationalen Parteien wurden heute einige sehr wirksame Reden gehalten, deren polemischer Inhalt sich insbesondere gegen die jüngsten Ausführungen der deutschen Sozialdemokraten richtete. Abgeordneter Hummer präziserte die Stellung der deutschradikalen Partei zum Budgetprovisorium und trat in sehr warmer Weise für die Forderungen der Deutschböhmen ein. Wenn sie dem Staate, sagte er unter lebhaftem Beifall, die Mittel zur Fortführung der Verteidigung bewilligen, dann bewilligen sie auch die Mittel, um die Provinz Deutschböhmen schaffen zu können. Abgeordneter Dr. Waber führte aus, daß die innere Geschlossenheit den Frieden beschleunige und den Krieg abkürze. Wer ein

wahrer Freund des Friedens sei, müsse alles bewilligen, was unsere Widerstandskraft dem Auslande gegenüber stärke. Abgeordneter Dr. Stöckl wandte sich insbesondere gegen jene Stimmen, die gegen die Friedensschlüsse mit der Ukraine und mit Rußland ein anderes Forum anrufen. Wir haben nicht die Verpflichtung, um die Wohlmeinung der ganzen Welt zu buhlen, sondern müssen für uns selbst sorgen. Wenn die Entente Siegerin geblieben wäre, hätte sie uns gewiß nicht gestraft, was wir zu dem sagen, was sie uns auferlegt. Von sozialdemokratischer Seite sprachen heute Dr. Keuner, Sever und Dr. Lieberman. Dr. Renner verlangte große soziale und politische Reformen sowie die prinzipielle Regelung des Verhältnisses der arbeitenden Klassen zum Staate. Der Abgeordnete Tufar erklärte, daß die Czechen nicht so leicht in die Laube zu bekommen seien; die notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Verständigungsarbeit sei noch nicht da. In seinem Schlussworte erklärte Dr. Steinwender, die Deutschen seien bereit, mit den anderen Parteien für das Gemeinsame zusammenzuarbeiten. Mit dem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit, das Parlament zu erhalten, beantragte er die unveränderte Annahme der Vorlage. Und das Haus entschied auch in diesem Sinne.

Abgeordnetenhause.

(70. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.) Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Abg. Witka (Ukrainer) sieht in dem Friedensschluß im Osten den Sieg des deutschen Imperialismus. Er weist den Vorwurf zurück, daß die Ukrainer die Revolution in Rußland unterdrücken halfen. Die ukrainische Rada habe anfangs sogar die Herrschaft der Bolschewiki unterstützt. Auch der Vorwurf, die Ukrainer hätten Geheimdiplomatie getrieben, sei ungerechtfertigt, dieser Vorwurf treffe die Polen, die, solange es sich um die Unterjodung des ukrainischen Staates handelte, Geheimdiplomatie trieben. Der Faden der Geheimdiplomatie werde weiter gesponnen vom Grafen Soluchowski, vom Grafen Bininski, vom Fürsten Radziwill, vom Grafen Lapanowski. Die polnischen Großgrundbesitzer hoffen, daß sie den polnischen Großgrundbesitz in der Ukraine retten werden. Redner ruft den Polen ein energisches „Hände weg von der ukrainischen Republik!“ zu. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bespricht Redner den Frieden mit der Ukraine und findet, daß derselbe dem neuen Staate große Lasten auferlegt, er findet die Zuerkennung von Cholm für gerechtfertigt, unter Berufung auf Schriften polnischer Gelehrter. Dagegen klagt er über die Unterdrückung der Ukrainer in Galizien. Es werde die Zeit kommen, in welcher die Ukrainer in einer freien und unabhängigen Ukraine ein friedliches Leben werden führen können. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Lieberman (Pole) fährt Beschwerde darüber, daß man für Galizien ein „a. u. k. Revolutionsunterdrückungscommando“ einführe, um die Ruhe herzustellen, und daß Ausjagungen ausgenützt werden, mit denen die nationale polnische Bewegung nicht gemein habe, um die Polen zu vernichten. Im ganzen Lande herrsche Ruhe und Disziplin. Den Belagerungszustand einzuführen, wäre demgemäß ein Verrat, eine Verpöschung am Volke. Durch einen Reservatbefehl des 3. Korpscommandos war schon der ganze Apparat der Militärjustiz eingerichtet worden. Die Schlägen, die auf polnischem Boden geschlagen wurden, verpflichten die Polen nicht zu Danke, denn sie wurden von den Zentralmächten nicht zur Befreiung der Polen, sondern zu deren eigener Befreiung und Existenz geschlagen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.) Den nichtdeutschen Völkern, deren Söhne jenseit Blut auf diesen Schlachtfeldern vergossen haben, bezahle der Staat ihre Treue und ihre Dienste mit dem Haub ihrer Freiheit mit einer solchen Militärjustiz, mit Knechtschaft. Das polnische Volk werde die Märtyrerkrone auf sich nehmen in der festen Überzeugung, daß die Gerechtigkeit auf dem Marste ist. Auch ist Polen nicht verloren! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Abg. Hummer (deutschnational) führt aus, ob der Friede mit den russischen Mandatländern von Dauer sein wird, hänge davon ab, ob die Völker von der ihnen erstrittenen Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen verstehen werden. Wir erwarten auch von der politischen Klugheit und Schöpfung der Polen, daß sie das geschichtliche Beispiel der Vergangenheit zu vermeiden wissen werden. Was im Osten geschieht, kann aber nie und nimmer, wie von slawischer Seite behauptet wurde, mit der Befreiung Elsaß-Lothringens verglichen werden. Denn Rußland hat auf die Gebiete, die ihm im Ostfrieden — es ist ein Friedens — abgeteilt wurden, nicht den geringsten Anspruch. (Zustimmung links.) Redner polemisiert gegen die diesbezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Seiz, der sich wohl darüber kränkt, daß nicht in Stocholm der Friede von Sozialdemokraten gemacht wurde (lebhaft Zustimmung links) und, wie vorausgesehen war, nicht gemacht werden konnte. Die aus der Gefangenschaft in Rußland rückkehrenden Krieger werden wir mit Jubel empfangen, allerdings nur jene, die mit reinem Gewissen in die Heimat zurückkehren. (Zustimmung links.) Die Auslese zu treffen, zwingt uns, der Heeresverwaltung Zeit zu lassen, um den Weisen von der Spren zu sondern. (Zustimmung links.)

Die Deutschböhmen haben durch ihre Erklärung dargelegt, daß sie vom Staate die Errichtung der Provinz Deutschböhmen erwarten und verlangen. Wenn sie daher dem Staate die Mittel zur Fortführung des Verteidigungskrieges bewilligen, dann bewilligen sie ihm auch die Mittel, um die Provinz Deutschböhmen schaffen zu können. Aus diesen Gründen werde seine Partei Mann für Mann für das Budgetprovisorium und die Kreditermächtigung stimmen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

Abg. Pijchek (Slowene) verweist auf die durch die Ernährungsfrage in der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung. Er tritt für das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden und die Landtage ein. In seinen weiteren Ausführungen spricht Redner über den Schleichhandel und die Lebensmittelausfuhr. Schließlich erklärt Redner, seine Partei könne einer Regierung das Vertrauen nicht bewilligen, deren Streben darauf gerichtet sei, zu verhindern, daß die Zustände in nationaler Beziehung sich bessern. (Lebhafte Beifall bei den Südslawen.)

Abg. Dr. Waber (deutschnational) polemisiert gegen die Rede des Abgeordneten Seiz und betont, daß, wer das Budgetprovisorium mit seinen Milliarden an Ausgaben annehme, auch für die Kriegskredite stimmen müsse, schon im Interesse der Beendigung des Krieges und Herbeiführung des Friedens, der durch frühere Angebote von Verhandlungen an Italien nur verzögert wurde. Oesterreich und Deutschland haben auch den Sozialdemokraten gegenüber damals, als sie in Stocholm Verhandlungen führten, auf die Geltendmachung der Staatsautorität verzichtet. Wenn die Sozialdemokraten einmal so weitgehendes Entgegenkommen seitens der Staatsgewalten erfahren haben, sollte man meinen, daß sie nunmehr die legalen Vertreter der Staatsautorität verhandeln lassen und die Ergebnisse dieser Verhandlungen anerkennen. Mit allen unseren Entschuldigungen haben wir also nichts erstellt. Nachdem wir jaurelang so irrtümliche Opfer gebracht haben, haben wir keinen Grund mehr, von Verzicht zu sprechen. (Zustimmung links.) Was aber an den Ausführungen des Abgeordneten Seiz besonders zurückgewiesen werden muß, ist seine Einmischung in die Verhältnisse Bulgariens und seine Parteinahme für Rumänien. Rumänien hat es mit seinen parlamentarischen Einrichtungen nicht einmal der Nähe wert gefunden, Vertreter der Dobrußda in das rumänische Parlament einzubeziehen. (Hört! Hört! links.)

Abg. Dr. Hobar: Dasselbe, was wir in Bosnien und der Herzegovina gemacht haben. (Widerpruch links.)

Abg. Tro: Die Besnier haben ihren eigenen Landtag geleitet.

Abg. Dr. Waber: Wir haben für Bosnien und die Herzegovina Dr. Genug gebracht und niemand kann in Abrede stellen, daß Oesterreich sich mit allen Kräften bemüht hat, Bosnien zu

einer reichen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Nybar.) Deutschland und Oesterreich haben die Entwicklung der Völker gefördert, diese sind unter Einwirkung der Förderung Deutschlands und Oesterreichs stark geworden. Aber kaum waren sie zu Kräften gekommen, haben sie sich immer dazu verhalten lassen, ihre Hand gegen Deutschland zu erheben. (Zustimmung links.)

Abg. Dr. Waber: Genau so wie jetzt Polen!

Abg. Dr. Waber: Auch für Kongresspolen ist von deutscher Seite alles geschehen, was geschehen konnte. Bei der Errichtung des neuen Staatsgebildes ist sicherlich bestmöglichst nur der Standpunkt des polnischen Regimentsrates gerechtfertigt, der erklärte, Cholm nicht aus dem Auge zu verlieren, der Standpunkt offener Rebellion aber mitten in einem Kriege, in dem ein polnisches Reich aufgerichtet wird, zu dem Kongresspolen schon gar nichts beigetragen hat (Zustimmung links), ist gewiß zu verwerfen und muß das Ansehen des polnischen Volkes in der ganzen Welt gefährden. (Lebhafte Zustimmung links.) Dieselbe politische Leidenschaft wie in Ungarn lebt im polnischen Volke und sie wird bei jeder Gelegenheit zum Ausbruch kommen. Wenn dann die Frage sein wird zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Ungarn und dem König von Polen, dann müssen die Deutschen fürchten, daß durch die politische Leidenschaft der anderen der König von Ungarn und der König von Polen immer mehr zur Geltung gebracht werden wird, als der Kaiser von Oesterreich. (Lebhafte Beifall links.) In einer Polemik gegen die Ausführungen des Abg. Seiz erklärt Redner, der Staat hat inneren und äußeren Verrat und äußere Anstürme überdauert, er hat sich in diesem Kriege bewährt und steht fest. Nicht eine Staatskrise liegt vor, es handelt sich einfach nur um eine Verfassungsfrage oder um eine Parlamentarismusfrage. (Lebhafte, anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Auf rechtlicher Seite verweist man immer darauf, daß die Lösung der Verfassungsfrage nicht im Parlament erfolgen dürfe. (Fortsetzung der Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Völker, die sich von slawischer Eroberungs- und Vergewaltigungsgier leiten lassen, müssen zur Einsicht kommen, daß ihnen das Ansehen zur Durchsetzung ihrer Vergewaltigungstriebe nicht beizuhelfen sein wird. In dem Augenblicke, in dem die Czechen das eingesehen haben, werden sie auch bereit sein, sich wieder auf österreichischen Boden zu stellen und auf österreichischen Boden zu verhandeln. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Händeklatschen links. Redner wird beglückwünscht. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Renner (deutscher Sozialdemokrat) erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie nicht mit großen gestaltenden Ideen an das Haus herantrete und das Haus als nichts anderes benütze als Bewilligungsmaschine für die nächsten dringenden Staatsbedürfnisse. Wenn die Regierung das Staatsrecht von den Klippen retten will, muß sie es hinausführen auf die hohe See großer sozialer und politischer Reformen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unsere Regierung kann sich nicht dazu entschließen, endlich einmal durch Gesetz festzulegen, daß der Arbeiter in der Fabrik sein bestimmtes und wohlgemeinens Recht habe. Er bleibt immer Objekt der Fürsorge.

Was das nationale Programm der Regierung betrifft, so ist es gewiß verdienstlich, daß der Ministerpräsident endlich einmal klipp und klar zugeht, daß es sich heute um eine durchgreifende Verfassungsreform handelt. Es ist anzuerkennen, daß er rund heraus die nationale Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Regierungserklärung aufnimmt und sie dadurch gleichsam zum leitenden politischen Gesichtspunkt der österreichischen Regierung macht. Die nationale Autonomie betrifft nicht nur das Verhältnis der Nationen zueinander, sondern das Verhältnis aller Nationen zum Staate. Über diesen entscheidenden Punkt hört man aber in der Erklärung des Ministerpräsidenten nichts. Wir sehen, daß wieder die Kronlandsautonomie an einem bestimmten Punkte der nationalen Autonomie unterschoben wird und daß die Kronlandsgrenze die ewige Schranke der Nationen ist. Es ist immer derselbe Fehler, wenn man von Einzelheiten ausgeht und die zufälligen und örtlichen Machtverhältnisse des einen Bundes in Rechnung stellt, nicht aber darangeht, das Verhältnis der Nationen zueinander und zum Staat im ganzen zu ordnen.

In einer Polemik gegen den Abg. Waber betont Redner, sich auf die Macht von oben zu berufen, ist ein Grundfehler der Deutschen und ein Grundfehler der Polen gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Polen sich über enttäuschte Versprechungen beklagen, so sollen sie sich anderswohin begeben und nicht das Parlament zerstören. Es können nur die Nationen den Ausgleich schließen. Es ist klar, daß die Deutschen in ein immer ausgesprochenes Minderheitsverhältnis kommen, und es wäre Torheit von ihnen, wenn sie diesen Moment nicht benützen würden, sich die Gemisheit zu sichern, als Minderheit dauernd und gesichert in ihrer Staatlichkeit zu bestehen. Was sie sich zu sichern haben, ist das Selbstbestimmungsrecht in voller eigener Staatlichkeit mit nationaler Vertretung, mit eigener nationaler Verwaltung im Rahmen des Bundesstaates. Damit wird auch Raum sein für die Verständigung der Völker. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Schluß der Debatte.

Auf Antrag des Abg. Baumgartner wird die Debatte geschlossen. Zu Generalrednern werden gewählt: pro Dr. Stöckl, kontra Sever.

Abg. Dr. Stöckl (deutschnational) tritt für eine rasche Heimjüngung der aus der Gefangenschaft rückkehrenden Krieger ein. Redner wäre der letzte, es gut zu heißen, wenn man able Gesinnungen unterstützen würde; gerade als Abgeordneter eines Kronlandes, dessen brave Truppen so Großartiges geleistet haben, leider aber es oft bösen mußten, daß Truppen neben ihnen ihre Pflicht nicht so erfüllt haben. (Zustimmung links.) Es sollte das Vertrauen gegen die Rückkehrenden nicht in Galizien durchgeführt werden, wo die Verpflegung schwierig sei, sondern in den schon halbierten Gefangenenlagern. Den Rückkehrenden sei ein längerer Urlaub zu gönnen und durch sie die Arbeitskräfte für die Produktion zu vermehren. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wendet sich Redner gegen die Rede des Abg. Seiz und betont, es sei nicht wahr, daß die ganze Volksseele bei den Czechen, bei den Südslawen umgegen den österreichischen Staat sei. Nur die Führer sind es, die sie fort und fort aufzuwecken versuchen und sich nun nicht getrauen, das Volk von dieser Geißel der ewigen Hege zu erlösen. Wenn die Mittelmächte — und nur die Mittelmächte — sowohl den Ukrainern ihren Staat wiedergeben, als auch der polnischen Nation die Möglichkeit geschaffen haben, ihren Staat sich selbst zu bilden, entspricht es nun den Grundfragen der Billigkeit, wenn man uns verantwortlich macht, wenn wir einen Streitpunkt zwischen Polen und Ukrainern diesen selbst zur Entscheidung überlassen? (Zustimmung links.) Wenn das Deutsche Reich, wenn wir Deutschen in Oesterreich, wenn unsere Monarchie, wenn wir bei jeder unserer Taten uns immer fragen müßten: was werden die kommenden Geschlechter Englands, Frankreichs, Rußlands, Amerikas dazu sagen, werden sie das billigen, werden sie uns gnädig sein, dann verzichten wir auf jeden Staat. (Lebhafte Zustimmung, Beifall und Händeklatschen links.)

In bezug auf die Frage der Reformen im Innern bemerkt Redner, die Deutschen haben wohl zur Genüge bewiesen, daß sie bereit sind, sich an den Beratungen zu betheiligen, aber die Verfassungs- und Verwaltungsreform zu verhandeln. Wir müssen als staats- und kaisertreue Oesterreicher verlangen, daß die Rechte der Dynastie erhalten und gewahrt werden. Es müssen die Rechte des deutschen Volkes voll und ganz uns erhalten, sie dürfen nicht beschnitten werden und es muß das Staatsgange aufrechterhalten werden. Es darf weiter aber auch die bürgerliche Arbeit, es darf der Bürger und Bauer nicht untergehen in einer Verfassungs- und Verwaltungsreform, die uns vollkommen ausliefern würde jenen Schichten — nicht des arbeitenden Volkes, sondern derjenigen, für welche die Verfassungs- und Verwaltungsreform nur ein Mittel sein soll, um den Umsturz in dem gesamten staatlichen Gefüge herbeizuführen. (Zustimmung links.) Es gibt keinen grauämigeren, keinen entschlosseneren, keinen krieg, der mehr Kriege gebiert als die Revolution. (Lebhafte Zustimmung links.) Es wurde gesagt, Rußland sei nicht Trost und Lenin. Ganz Rußland hätte es mit Freuden begrüßt, wenn die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in Rußland Ordnung gemacht und das arme russische Volk vom täglichen Jammer und der täglichen Angst befreit hätten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.) Es gab immer wieder Stimmen, die